

Schulen als Lazarett'e.

Die Pläne der Militärbehörden.

Das wiederholt erörterte Schicksal des Joachim-Friedrich-Gymnasiums in Wilmersdorf ist rasch entschieden worden: das General-Kommando des Gardekorps hat Beschlagnahme aller Bauklichkeiten beschlossen. Der Magistrat hat sich an das Kriegsministerium gewandt, um eine Aufhebung der Verfügung durchzusetzen. Unterredungen von Vertretern der Elternschaft der das Gymnasium besuchenden Schüler mit dem Sanitätsamt des Gardekorps und der mit der Beschlagnahme beauftragten Intendantur haben kein Ergebnis gehabt, obwohl der Magistrat in seiner Eingabe Ersparnisse, die zur Unterbringung von Verwundeten sich eignen, besonders den Luna-Park und die benachbarten Wirtschaftsbetriebe vorschlug; nicht einmal ihre Besichtigung ist durchzuführen gewesen. Der Alumnatsflügel des Joachim-Friedrich-Gymnasiums soll zunächst als Lazarett eingerichtet werden, später wird die Anstalt mit 1500 Betten besetzt werden.

Auch weitere Lehranstalten in Groß-Berlin sollen mit Verwundeten belegt werden. Der Magistrat Berlin ist aufgefordert worden, Pflichtfortbildungsschulen und Gewerbeschulen der Heeresleitung zur Verfügung zu stellen; er hat dies mit der Begründung abgelehnt, daß zurzeit die Gewerbeschulen von größerer Wichtigkeit seien, als die wissenschaftlichen. Darüber hinaus würde es sich empfehlen, wenn unter Teilnahme sämtlicher Bürgermeister der verschiedenen Städte das Verhältnis festgesetzt wird, in dem die einzelnen Gemeinden zu der notwendig werdenden Beschlagnahme Grundstücke zur Verfügung zu stellen haben. Indessen scheint es vom Standpunkt der Erziehung aus dringend notwendig, bis zum äußersten die Beschlagnahme der Schulen zu verhindern. Unsere Jugend ist schon heute durch „überzählige“ Ferien, Grippeerkrankungen usw. mehr als nötig dem Unterricht ferngehalten; dieser müßte bei einer Beschlagnahme der Schulen auf unabsehbare Zeit hinaus überhaupt ausgesetzt werden. Das aber würde die Fortbildung der Jugend, die dereinst die Geschicke Deutschlands lenken soll, aufs schwerste schädigen.

Was die zuständigen Stellen veranlaßt, gerade Berlin, das an Nahrungsmitteln wahrlich keinen Ueberschuß hat, dessen Verkehrsmittel heute schon dem Zudrange nicht mehr genügen und das, wie die Entscheidungen der Mieteinigungsämter zeigen, den Zutritt auch nur einer einzigen Person ablehnen muß, um Tausende von Bewohnern zu vermehren, ist schwer zu verstehen. Am bedenklichsten wäre es jedoch, wenn unsere Schüler — auch die Gemeindeschulen würden betroffen werden — in so ernster Zeit genötigt wären, müßig zu gehen und ihre Heranbildung zu unterbrechen.

Bl.